

II-9454 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4775/J

A n f r a g e

1989 -12- 15

der Abgeordneten Dr. Schwimmer, Dr. Gertrude Brinek, Burgstaller
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Überwachungsmaßnahmen im 2. Wiener Gemeindebezirk
am Mexikoplatz und Umgebung

In Beantwortung der letzten Anfrage der unterfertigten Abgeordneten zur Verbesserung der unhaltbaren Situation am Wiener Mexikoplatz führten Sie aus, daß die Aktionen, an denen auch Sicherheitswachebeamte des Bezirkspolizeikommissariats Leopoldstadt, der Verkehrsabteilung und der Diensthundeabteilung beteiligt sind, zu einer teilweisen Entspannung der Situation geführt hätten. Die Maßnahmen der Bundespolizeidirektion würden im Zusammenwirken mit dem Magistrat der Stadt Wien und den Finanzbehörden fortgesetzt.

Aus der unmittelbaren Beobachtung der Situation und auch nach dem Eindruck der betroffenen Bezirksbevölkerung ist nicht nur eine Fortsetzung der Aktionen, sondern eine Intensivierung unter Einbeziehung der Umgebung, in die sich die Mißstände verlagert haben, notwendig.

Bei einer Veranstaltung des Klubs der Kaufleute am 30. November 1989 hat der Wiener Polizeipräsident Dr. Bögl festgestellt, daß eine Fortsetzung der Aktion nur dann möglich sei, wenn der Bundesminister für Inneres zusätzliche Überstunden genehmigt.

- 2 -

Weiters hat Polizeipräsident Bögl bei der genannten Veranstaltung bemerkt, daß Maßnahmen vorgesehen sind, um den Schwarzhandel am Mexikoplatz zu erschweren.

So würden in Hinkunft Einreisende aus dem Ostblock (insbesondere aus Polen) bei der Grenzkontrolle schriftlich den Einreisezweck erklären müssen. Auf Grund ihrer Angaben würde eine entsprechende Eintragung im Paß erfolgen, z.B. Tourist, etc. Würden dann Personen mit der Eintragung Tourist im Paß beim Schwarzhandel betreten, so können diese Personen sofort abgeschoben werden.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist für die Fortführung der in Ihrer Anfragebeantwortung 4207/AB vom 22.11.1989 dargestellten Aktionen über den 31. Dezember 1989 hinaus, auch finanziell, vorgesorgt?
- 2) Werden Sie die dargestellten Aktionen, wenn notwendig, auch intensivieren und auf alle nunmehr betroffenen Bezirksteile ausdehnen?
- 3) Stimmt es, daß beabsichtigt ist, Ausländern beim Grenzübertritt den Einreisezweck in den Paß einzustempeln?
 - a) Was soll damit erreicht werden?
 - b) Auf Grund welcher Gesetzesbestimmungen soll dann der Abschub ermöglicht bzw. erreicht werden?